

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zeile 50 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von M. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Auswüchse des Kartellwesens.

Die Preispolitik der Unternehmerkartelle ist schon recht oft Gegenstand heftiger Kritik gewesen. Es ist bekannt, daß die Kartelle ihr Ziel, die Preise hochzuschrauben und hochzufalten, mit einer Rücksichtslosigkeit verfolgen, die alle Schranken überspringt. Der Außenleiter, der sich den Beschlüssen des Kartells nicht unterordnen will, wird verfolgt und mit allen Mitteln eines sorgfältig ausgebauten Kartellapparats bekämpft. Dem Lohnnehmer, der sich den Preiserhöhungen entziehen will, wird der Markt gesperrt, bis er bereit ist, sich dem Willen der Kartellherren zu fügen. Der Unternehmer, der den Arbeitern gegenüber so oft und entschieden betont, daß er „Herr im Hause“ bleiben und deshalb den Organisationen der Arbeiter kein Mitbestimmungsrecht in seinem Betriebe einräumen will, wird zu einer willenlosen Marionette an den Fäden der Kartellleitung.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Unternehmerkartelle durchweg überflüssige oder schädliche Einrichtungen sind, deren Beseitigung man wünschen und fordern müsse. Gewiß nicht. Vielmehr erkennen wir durchaus an, daß gut geleitete Unternehmerkartelle der Volkswirtschaft durchaus von Nutzen sein können. Allerdings teilen wir nicht die überschwänglichen Hoffnungen derer, die von den Kartellen nicht nur die Geförderung aller Handelsbeziehungen, sondern sogar die Verhütung der Wirtschaftskrisen erwarten, vielmehr darf man heute sagen: erwarren. Wohl aber können die Kartelle in die allgemeine Planlosigkeit des kapitalistisch-industriellen Lebens einige Ordnung bringen. Ob sie das wollen, ist eine Frage, die für sich behandelt werden muß.

Eine Frage, die zurzeit viel behandelt wird, ist die, ob der Krieg das Organisationswesen der Unternehmer gefördert hat. Von vielen wird das mit dem Hinweis auf die allgemeine Bewährung der Organisationen im Kriege bejaht, von andern, die sich auf konkrete Vorkommnisse, so auf die Krisen im Kohlenyndikat und im Stahlwertverband berufen, wird es bestritten. Unseres Erachtens ist die Wirkung des Krieges auf das Organisationswesen der Unternehmer nicht einheitlich. Die großen kapitalkräftigen Unternehmer fühlen sich jetzt noch mehr als früher schon durch die Fesseln der Kartelle beengt; sie möchten sie sprengen, um sich ungehindert reden und dehnen zu können — auf Kosten der mittleren und kleineren, denen der Krieg die Existenz erschwert und bei denen er — das ist die andre Seite — das Organisationsbedürfnis gesteigert hat. Täuschen nicht alle Anzeichen, so wird nach diesem Kriege ein sehr scharfer Konkurrenzkampf einsetzen zwischen den großen und kleinen Unternehmern, vielleicht auch zwischen den Kartellen und den Außenleitern.

Weitsehende Kreise des Unternehmertums sehen in einem solchen Kampf eine Zukunftsfahr für die Erholung der deutschen Industrie von den Schlägen des Krieges; vor allem deshalb, weil ein solcher Kampf aller gegen alle die Wiedergewinnung des im Kriege verloren gegangenen Auslandsmarktes erschwert um nicht zu sagen unmöglich macht. Ein Ausdruck dieser Besorgnis war ein Artikel, der kürzlich in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ erschien und in dem die Regierung aufgefordert wird, die Organisation der Unternehmer zu fördern. Es hieß in dem Artikel:

„Die Regierung wird es nicht ruhig mit ansehen, daß die deutsche Industrie in den großen Kampf um den Weltmarkt, dessen Bedeutung und Schwere für denjenigen immer deutlicher in die Erscheinung tritt, der die von Tag zu Tag sich steigenden Vorkriegsleistungen unserer Feinde auf diesen Kampf sorgfältig beobachtet, unter dem Zeichen des freien Wettbewerbs, das heißt des Kampfes aller gegen alle, eintritt. Die Industrie wird sich über diesen Kampf freuen müssen, daß für diesen großen Handelskrieg kriegsmäßige Verhältnisse obwalten werden und daß Disziplin und Ordnung auch für diesen Kampf die Vorbedingung des Sieges sind. Mit andern Worten: Die deutsche Industrie wird den Kampf unternehmen müssen nicht als Losende von Einzelbetrieben und als Laubende von einzelnen Handelskontoren, sondern als wohlgegründete und wohlgeordnete Organisation. Diese Notwendigkeit ist beinahe handgreiflich geworden. Sie könnte zum Beispiel der deutsche Kohlenmarkt nach dem Kriege gegen den englischen und amerikanischen Wettbewerb erfolgreich anstreben, wenn ihm nicht in seinem Syndikat eine so starke Waffe gegeben wäre? Nur das Syndikat ermöglicht die erforderliche Einheitlichkeit und Schlagkraft in der Ausfuhrpolitik, die ohne eine wohlorganisierte Inlandorganisation und Inlandpolitik einfach unmöglich ist. Genau so wird ein Erfolg der Eisenindustrie und auch der Metallindustrie in diesem Kampf um unser wirtschaftliches Dasein unmöglich, wenn nicht auch in diesen Industrien dieselbe Einheitlichkeit, dieselbe Ordnung und dieselbe Disziplin geschaffen wird.“

Dieser Schrei nach Organisation ist immerhin bemerkenswert. Die „Bergwerkszeitung“ ist auch überzeugt, daß der Staat eingreifen wird, wenn die Unternehmer sich nicht freiwillig in Organisationen zusammenschließen. Das ist sehr wohl möglich. Die Vorgänge im Kohlenyndikat, wo die Regierung durch ein Eventualgesetz das Zusammengehen der Betrüben erzwang, zeigen ja schon, welchen Wert die leitenden Regierungskreise den Unternehmerkartellen beimessen und mit welchen Mitteln sie solche Kartelle fördern können.

Dabei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die „Auslandspolitik“ der Kartelle bisher nichts weniger als einwandfrei und oft durchaus nicht im Interesse der deutschen Industrie gelegen war. Vielmehr ist es bei vielen Kartellen Brauch und Regel geworden, das Auslandsgeschäft auf Kosten der inländischen Verbraucher zu steigern. Kartelle, die Fertigkeiten vertragen, haben recht oft dem Ausland ihre Erzeugnisse billig geliefert, um im Inland die Preise recht hochtreiben zu können, oder sie haben gar im Inland die Preise unangemessen hochgetrieben, um im Ausland zu Schleuderpreisen absetzen zu können.

Die Kartelle der Rohstoff- und Halbzeugindustrien haben daselbe getan. Deutsche Kohlen sind der Industrie des Auslands billiger zur Verfügung gestellt worden als der deutschen, deutsche Halbzeuge aller Art erhielt die ausländische Industrie zu Preisen, die sie befähigte, der deutschen Industrie in Deutschland erfolgreich Konkurrenz zu machen. Im Jahre 1906 betrug z. B. der vom Deutschen Stahlwertverband festgelegte Grundpreis für Deutschland: für Walzdraht zirka 127 Mk. die Tonne, für Flußstabeisen zirka 116 Mk., für die Schweiz aber betragen zur selben Zeit und bei derselben Frachtbasis die betreffenden Preise 105 bis 107 Mk. und 108 bis 109 Mk. Auch nach England, Holland, Belgien usw. hat der Stahlwertverband Exportprämien gewährt, so daß die Maschinenindustrien dieser Länder das deutsche Eisen billiger hatten als ihre deutschen Konkurrenten. In ähnlicher Weise gewährt das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat Exportprämien, und ebenso machen es eine ganze Reihe ähnlicher Unternehmerverbände des In- und Auslandes. Es ist vorgekommen, daß deutsche Firmen deutsche Roh- und Hilfsstoffe durch Agenten im Ausland aufkauften, dort hin und dann zurückbringen ließen und sie trotz doppelter Fracht immer noch billiger hatten als wenn sie direkt vom Kartell in Deutschland bezogen hätten.

Ein Fall dieser Art beschäftigte kürzlich die Gerichte. Er ist wichtig genug, hier näher dargelegt zu werden, zumal es sich um eine Firma der chemischen Industrie, also unsers Verbandsgebietes, handelt. Die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.G. gehört der Deutsch-Oesterreichischen Munitionskonvention an. Die Satzungen dieser Konvention bestimmen, daß die angeschlossenen Firmen in Deutschland und Oesterreich nur zu bestimmten, von der Konvention festzusetzenden Preisen verkaufen dürfen. An das Ausland dürfen sie dagegen zu billigeren Preisen liefern. Damit nun nicht die oben erwähnten Rücklieferungen aus dem Ausland erfolgen können, müssen die im Konventionsgebiet abgesetzten Pakungen einen Preisaufdruck tragen. Die Firma G. u. K. in Ratibor hat nun trotzdem — allerdings vor dem Kriege — Munition der Rheinisch-Westfälischen Munitionsfabrik über England bezogen. Ein Londoner Waffenhändler mit dem seinem Beruf angepassten Namen Pulvermann hat die Munition zu dem billigen Auslandspreise in Deutschland gekauft, sie auch nach England bringen, aber dann nach Deutschland zurückschaffen lassen. Trotzdem hat die Firma in Ratibor die mit der doppelten Fracht nach und von England beladene Munition noch billiger verkaufen können als wenn sie dieselbe hier in Deutschland gekauft hätte. Um so viel stand also der Inlandspreis über dem Auslandspreis, um so viel wurden die inländischen Verbraucher mehr geschädigt als die ausländischen.

Als die Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffwerke davon erfuhr — verklagten sie die Ratiborer Firma auf Schadenersatz. Das Werk behauptete, es sei ein Verstoß wider die guten Sitten, wenn eine Firma durch solche Schiebungen sich billiger in den Besitz einer an bestimmte Preise gebundene Ware setze. Der Prozeß ist noch nicht entschieden. Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klägerin abgewiesen; das Reichsgericht hat jedoch das Urteil aufgehoben und die Klage an die letzte Instanz zurückverwiesen. Ob sie nunmehr anders entschieden wird, steht noch aus. Doch der schließliche Ausgang dieser Klage spielt für die Betrachtung, um die es sich hier handelt, nur eine untergeordnete Rolle. Hier sollte ja nur an einem Beispiel gezeigt werden, wie vaterlandlos international die Auslandsgeschäfte mancher Unternehmerkartelle sind.

Es ist fast überflüssig, darauf zu verweisen, daß eine solche Art, das Ausland auf Kosten des Inlands zu begünstigen, vielleicht dem kartellierten Industriezweig nützen, der deutschen Volkswirtschaft als Ganzes jedoch nur schaden kann. Wenn also die Regierung die Unternehmernorganisationen nach diesem Kriege noch mehr fördern soll als das bisher schon geschehen ist, so muß demgegenüber auch verlangt werden, daß sie den schädlichen Auswüchsen der Kartellpolitik entgegenzutreten.

### Unternehmer und Angestellte.

Wie vor einiger Zeit bekanntgegeben wurde, haben sich der Deutsche Technikerverband (Sitz Berlin) und der Deutsche Werkmeisterverband (Sitz Düsseldorf) zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die beiden Verbände haben sich ein sehr weites Ziel gesteckt, das sie gestützt auf zusammen über hunderttausend Mitglieder, auch durchzuführen hoffen. Neben der gemeinsamen Vertretung der sozialpolitischen Forderungen der technischen Angestellten wollen sie ihren Einfluß auch geltend machen auf eine bessere Gestaltung des Vertragsrechts sowie der Gehalts- und Arbeitszeitbedingungen, und ferner propagieren sie ein Zusammengehen mit andern Berufsverbänden zum Zwecke der Schaffung einer Arbeitslosenversicherung.

Wenn etwas daran auffällig ist, dann der Umstand, daß diese Angestelltenverbände erst ziemlich spät dazu gelangten, sich in geeigneter Weise Gehör zu verschaffen. Zwar sind die erwähnten Verbände nicht mehr ganz jung, aber immerhin sind sie im Gegensatz zu den Gewerkschaften, erst verhältnismäßig spät gegründet worden. Ueberdies konnten sie auch als wirksame Organisationen gar nicht betrachtet werden, denn abgesehen davon, daß sie keine Spur eines Kampfscharakters aufwiesen und im Geiste der Harmonie zwischen Unternehmer- und Angestellteninteressen geführt wurden, zerplitterte sich diese Gruppe der Arbeitnehmer in so viele einzelne Organisationen, daß an ein einheitliches Vorgehen niemals zu denken war. Statt zur Wahrung ihrer Interessen vergaßen diese Vereine und Verbände ihre Kräfte in gegenseitigen, vielfach aus persönlichen Motiven entstandenen Streitigkeiten. Auf die Arbeiter und deren Organisationen sahen die Angestellten zumeist verächtlich herab; der Gedanke, zu ihnen gerechnet zu werden, war ihnen entsetzlich, trotzdem sehr oft ihre sozialen Verhältnisse noch weit trauriger waren als bei einem großen Teil der Arbeiter. Späterhin wurden sie deshalb in den Reihen der Arbeiter als Siechtagerproletarier bezeichnet.

Seit einigen Jahren ist dies anders geworden. Mit der ständigen Zunahme der Großbetriebe wurde auch jenes große Heer der Angestellten geschaffen, die bei der Art dieser Betriebe nicht mehr in der Lage waren, in ein so enges, vielfach auf persönlichen Vertrauen beruhendes Verhältnis zu den Unternehmern zu treten, wie es in den Kleinbetrieben noch möglich und üblich war. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften verschärfte noch die Lage, und so war der Angestellte oft genug der Willkür und Laune der Vorgesetzten und Unternehmer mehr ausgesetzt als die gut organisierten Arbeiter, um so mehr, als auch noch keine geeigneten Rechtsprechungsinstitutionen vorhanden und die Angestellten auch sozialpolitisch unterversorgt waren.

Diese Zustände brachten die Angestellten zur Bestimmung. Eine eifrige Agitation in Wort und Schrift wurde entfaltet, an die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung appelliert, und vor allen Dingen schenkte man nicht mehr davor zurück, auch den Unternehmern, wenn es not tat, energisch zu Leibe zu gehen und in Einzelfällen den früher so berurteilten Streik zu probieren. Vollständig sind zwar die überliefernten Anschauungen aus den Kreisen der Angestellten noch nicht gewichen. Wenn auch ein Teil unter ihnen davon drängt, engsten Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung zu suchen, glauben andre entweder aus einem noch nicht ganz überwundenen Vorurteil heraus oder weil sie es für teilweise richtiger halten, einen gewissen Abstand beibehalten zu müssen. Die Entwicklung ist aber noch im Fluß, und welche Richtung schließlich den Sieg davonträgt, ist noch unbestimmt. Unberechtigt ist wohl die Annahme nicht, daß die Ueberzeugung sich durchzusetzen beginnt, daß die Verhältnisse nach dem Kriege ein Zusammengehen aller Arbeitnehmerverbände nötig machen. Von diesem Gesichtspunkt aus kann der Beschluß der beiden großen Verbände nur begrüßt werden.

Den Unternehmern ist dieser Beschluß natürlich höchst unangenehm, fürchtet sie doch von der Durchführung desselben eine ange Schwächung ihrer Position. Diese Besorgnis läßt schon ein Artikel in der „Arbeitszeitung“ erkennen, der zu dieser Angelegenheit Stellung nimmt. Es werden hier zunächst einmal die Sammelstellen herausgestellt und in der diesem Blatt in solchen Fällen eigenen Art das „jüngere alte Verhältnis“ betont, das zwischen Unternehmertum und Angestellten, wie man es nennen muß, immer geherricht hat. Diese „guten Traditionen“ und das „voraussetzende Standesbewußtsein“ müßten noch einer besonders sorgsamem Acht und Pflege unterzogen werden. Statt dessen nun eine ungeheure Fülle von Wünschen und Forderungen der Angestellten und ein Hinabgleiten in die Spurende der Gewerkschaftsbewegung! Und damit die Angestellten auch gleich erfahren, worum sie sind, sagt die „Arbeitszeitung“ ohne Umschweife, daß, wenn sich diese Wünsche erfüllen, von dem „alten schönen Verhältnis“ nicht allzu viel übrig bleiben dürfte.

Das ist jedenfalls deutlich genug gesagt. Die Angestellten werden sich nun überlegen müssen, ob sie dieses „schöne Verhältnis“ beibehalten und auf den größten Teil ihrer Wünsche verzichten wollen, oder ob sie bereit sind, unter Verzicht auf den äußerlichen Schein einer gehobenen Existenz sich ein Mitbestimmungsrecht in allen sie angehenden Angelegenheiten zu schaffen.

# Aus der Industrie

## Kriegsabschlüsse aus der chemischen Industrie.

Die Hannoverschen Gummiwerke „Ezelsior“ (früher Gummitannkompanie) hat, wie so viele andere Unternehmungen, das Kriegsjahr 1915 mit einer erheblichen Gewinnsteigerung abgeschlossen. Der Fabrikationsüberschuss betrug 3 916 580 M. gegen 2 392 981 M. im Jahre 1914. Das Mehr von 1 1/2 Millionen Mark wurde einem Kriegsvorsorgefonds zugeführt. Aus dem Restgewinn wurden 861 078 M. zu Abschreibungen verwendet und 720 000 M. als 24 Prozent Dividende (i. B. 22 Prozent) ausgeschüttet. Die Abschreibungen sind sehr reichlich bemessen. So wurden von dem 52 402 M. betragenden Konto für elektrische Anlagen 50 402 M. abgeschrieben, so daß es mit nur noch 2000 M. zu Buche steht. Das Formen-, Muffen- und Einrichtungskonto betrug 227 418 M., wurde aber durch Abschreibungen auf ganze 9000 M. verringert. Die außerordentlich hohen Abschreibungen werden im Bericht begründet mit dem Hinweis auf die stärkere Abnutzung und schnellere Entwertung in der Kriegszeit. Der verhältnismäßig hohe Gewinn wird zurückgeführt auf das Vorhandensein reichlicher, billig eingekaufter Vorräte an Rohmaterialien bei Beginn des Geschäftsjahres, auch Anpassung an den Krieg durch Lieferung sogenannter Kriegsqualitäten und — durch Übernahme von Aufträgen für Geschloßfabrikation. Im Bericht wird mitgeteilt, daß den im Felde stehenden Arbeitern des Unternehmens in gewisser Zwischenräumen Liebesgaben zugefandert werden. Daß das Unternehmen auch die Familien der Eingezogenen unterstützt, haben wir schon früher mitgeteilt.

Die Hannoversche Aktien-Gummiwarenfabrik hat im Kriegsjahr 1915 nach Abzug aller Unkosten 388 770 M. Fabrikationsgewinn erzielt. Nach Abzug aller Abschreibungen usw. bliebt ein Reingewinn von 259 852 M. Davon sollen 84 100 M. als 10 Prozent Dividende ausgeschüttet, 50 000 M. einem Kriegsvorsorgefonds überwiesen und 105 304 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Schon aus der Tatsache, daß der Gewinnvortrag höher ist als die ausgeschüttete Dividende, ist ersichtlich, wie vorzüglich die Finanzpolitik des Unternehmens ist. Ueber die Aussichten wird nur gesagt, daß sich die Zukunft noch nicht übersehen lasse.

Die Bayerische Zelluloidwarenfabrik vorm. A. Wacker, A.-G., Nürnberg, bleibt auch für 1915 dividendenlos. Zwar ist ein Reingewinn von 23 358 M. erzielt worden, auch ist ein Gewinnvortrag von 24 746 M. aus dem Vorjahre vorhanden, doch der Betrag reicht nicht zur Ausschüttung einer Dividende auf das 1 400 000 M. betragende Aktienkapital. Zunächst reicht er, um Vorstand und Aufsichtsrat mit 18 000 M. Löhnen zu bedenken; der Rest wird vorgetragen auf neue Rechnung. Die Gesellschaft hat ihr Ueberseesgeschäft und einen großen Teil des europäischen Absatzmarktes eingebüßt und mußte überdies ihr Rohmaterial höher bezahlen. Durch Erhöhung der Verkaufspreise konnte der Anfall nur zum Teil wett gemacht werden. — Die Deutsche Zelluloidfabrik in Eilenburg hat im Geschäftsjahre einen Erfolg für den Fallfall im regulären Geschäft erzielt und auch geteilt. Hier kann sie nur 12 Prozent Dividende auszahlen gegen 15 Prozent im Vorjahre, aber ausgenommen ist schließlich auch damit noch.

Die Zündholzindustrie hat durch den Krieg insofern gelitten, als ihr das reichliche Sperrholz entzogen und ein Teil der sonstigen Rohmaterialien verteuert wurde. Sie hat jedoch, gestützt durch die Verminderung im Zündholzgeschäfte, das neue Jahr höhere Steuern zahlen müssen, erhebliche Preiserhöhungen durchsetzen und damit den Gewinn noch steigern können. Die Aktiengesellschaft Union, vereinigte Zündholz- und Wachsfabriken, in

## Hymne an den Frieden.

Herrn Friede, der du unter deinem erhabenen Zepher die Wirrungen der Welt hältst und die Wogen, die sich entgegen-schäumen, gib den Meeren deinen Rhythmus! Du gleichst einer Kathedrale, die ruht auf dem gerechten Gleichgewicht der feindlichen Kräfte, einer blendenden Rosette, durch die das Blut der Sonne in strahlenden Farben bricht, die das harmonische Auge des Künstlers gebunden. Wie ein großer Vogel, der in der Mitte des Himmels schwebt und mit seinen Schwingen die Ebene deckt, geht dein Flug jenseits von dem, was ist und war und sein wird. Du bist die Schwester der Freude und die Schwester des Schmerzes, du bist die jüngere und weisere Schwester: du hältst sie bei der Hand wie zwei Flüsse, die ein klarer Bach verbindet, wo sich der Himmel spiegelt zwischen der doppelten Reihe weißer Pappeln. Du bist die göttliche Botanik, die kommt und geht wie die Schwalbe von einem Ufer zum andern, die sie eint und den einen sagt: „Weinet nicht mehr, die Freude kehrt wieder“, und zu den andern: „Seid nicht eitel, das Glück flieht, wie es kommt“. Deine schönen Mutterarme umschließen zärtlich deine feindlichen Kinder und du lächelst, indes du sie an deinen geschwellten Brüsten saugen siehst. Du erst die Hände, die Herzen, die sich fliehend suchen, und du spannst unter das Joch die störrischen Stiere, auf daß du statt zum Kampfe den Jörn ihrer dampfenden Weichen nähst, um in den Grund der Felder die lange und tiefe Furche zu ziehen, in die der Same fließt. Du bist die treue Gefährtin, die bei der Rückkehr die müden Kämpfer aufnimmt. Sieger, Besiegte, sie sind ihr in deiner Liebe gleich. Denn der Preis des Kampfes ist nicht ein Felsen Erbe, den das Mark des Siegers und des Gegners nähren wird. Er gebührt dem, der zum Werkzeug des Schicksals sich gemacht und der unter seiner Hand nicht wankt. O Friede, der du lächelst mit milden Augen voller Tränen, sommerlicher Regenbogen, sonnenwarmer Abend, der du mit leuchtenden Händen die getränkten Felder bestreust, die gefallenen Früchte hegst und die Wunden der Dämme, die der Wind und der Hagel geschlagen. Gieße über uns deinen Balsam aus und wiege ein untreu Schmerz! Sie werden vergehen wie wir auch. Du allein bist ewig! Brüder, einen wir aus und ihr auch, ihr Kräfte, die ihr in meinem zerfallenen Herzen kämpft, reicht euch die Hände und wandelt im Langschritt! Wir schreiten ohne Fieber und Hast, denn wir jagen nicht nach der Zeit! Wir haben sie besiegt. Aus den Weidenrueten von Jahrhunderten bauet der Friede sein Nest.

Romain Rolland.

Augsburg erzielte nach reichlichen Abschreibungen und Rücklagen, aber einschließlich des sehr hohen Gewinnvortrages vom Vorjahre, einen Reingewinn von 907 406 M. Die Gesellschaft verteilte im Kriegsjahr 1915 eine Dividende von 20 Prozent gegen 15 Prozent im Vorjahre. 200 000 M. werden verschiedenen Fonds als Gewinnreserve für schlechtere Jahre überwiesen und rund 300 000 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Noch weit besser haben die Deutschen Zündholzfabriken, A.-G., Lauenburg, abgeschrieben. Diese konnten, nach überreichen Abschreibungen, ihren Reingewinn von 252 784 M. im Jahre 1914 auf 814 602 M. im Jahre 1915 steigern, also mehr als verdreifachen. Davon erhalten die Aktionäre 12 Prozent Dividende (im Vorjahre 8 Prozent), 340 000 M. werden als Kriegsgewinnreserve zurückgelegt und 100 000 M. liegen in einem Extrafonds. Die Gesellschaft hat erhebliche Lieferungen an die Heeresverwaltung gehabt und dabei gut verdient. Außerdem war das Geschäft in Sicherheitshölzern „lebhaft und lohnend“, weil „die Preise sich besternten und die Gesellschaft über größere Vorräte an Rohmaterialien zu billigen Preisen verfügte“.

Die Aktiengesellschaft für Zündwaren-fabrikation von Stahl u. Röhre in Kassel steigerte ihre Dividende von 10 auf 12 Prozent. Wie „gesund“ sich die Zündholzindustrie seit der Zündholzsteuer, deren einseitige Begünstigung der alten Fabriken wir schon erwähnten, entwickelt hat, zeigt folgende Dividendenzusammenstellung für die drei Aktiengesellschaften dieser Industrie.

Jahr	Union, vereinigte Zündholz- u. Wachsfabriken in Augsburg (Bilanzen in Regensburg und Habelschwerdt) Dividende in Proz.	Zündholzfabriken, Aktien-Gesellschaft in Lauenburg (Bilanzen in Berlin, Borkum und Rheinau) Dividende in Proz.	Stahl u. Röhre, Akt.-Ges. für Zündwaren-fabrikation in Kassel (Bilanzen in Kassel, Hagen und Schwelm) Dividende in Proz.
1906	9	2	8
1907	9	4	8
1908	9	3 1/2	8
1909	9	5	8
1910	9	0	7
1911	9	0	0
1912	10	4 1/2	4
1913	12 1/2	7 1/2	8
1914	15	8	10
1915	20	12	12

Man sieht, die Zündholzsteuer ist der Industrie sehr gut bekommen. Das war vorauszusetzen. Sofort nach Annahme des Gesetzes schrieben wir, daß damit den bestehenden Fabriken ein Monopol der Marktvorgang gelohnt sei, dessen Ausnutzung zu erheblichen Preissteigerungen für Zündholzer führen würde. Die Tatsachen haben uns durchaus recht gegeben. Nach einigen Uebergangsjahren haben die Unternehmungen der Zündholzindustrie eine Rentabilität erlangt wie nie zuvor. Selbst die früher immer kranke Lauenburger Gesellschaft hat sich auf 12 Prozent Dividende heraufgehoben. Die Verbraucher aber zahlen das Doppelte der Zündholzsteuer infolge der Preissteigerungen — eine Warnung für die Befürworter indirekter Steuern.

Die Vereinigten Kunstseidefabriken in Frankfurt a. M. haben auch im Jahre 1915 mit Verlust gearbeitet. Trotz sehr verminderter Unkosten ist ein Verlust von 277 372 M. entstanden. Die Erzeugung von Kunstseide mußte — weil die Rohstoffe zur Sprengstoffherstellung gebraucht werden — völlig ruhen. Das Unternehmen ist dem Verlust nicht ausgleichen können. Im laufenden Jahre soll die Trocknerei in größerem Umfange durchgeführt werden, wovon die Verwaltung „ein etwas besseres Ergebnis“ erwartet.

Die Rheinische Gerbstofffabrik vorm. Gebr. Müller in Bentrath hat, wie fast alle Unternehmungen, die mit der Lederindustrie zusammenhängen, ganz außerordentlich hohe Gewinne erzielt. Der Reingewinn beträgt 560 757 M. gegen 346 789 M. im Vorjahre. Tatsächlich ist er viel höher und nur durch überhohe Abschreibungen und andre Maßnahmen künstlich herabgedrückt worden. So wurden auf Grundstücke und Gebäude 1 000 000 M. abgeschrieben gegen nur 800 M. im Vorjahre. Die Maschinen stehen noch mit einer ganzen Reichsmark zu Buche; alle Neuanfassungen wurden restlos abgeschrieben. Vorweg abgesetzt wurden außerdem 150 000 M. auf ein „Kriegsrückstellungskonto“ und 200 000 M. als Kriegsgewinnreserve zurückgelegt. Außerdem wurden noch 120 000 M. einem fogenannten Sicherungsfonds zugeführt. Nach all diesen Abbuchungen bleibt noch der oben erwähnte Gewinn von rund 560 000 M. Davon erhalten die Aktionäre 393 000 M. als 25 Prozent Dividende (i. B. 16 Prozent), reichlich 80 000 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen und der Rest an Aufsichtsrat, Vorstand usw. aufgeteilt.

Der Verein Chemischer Fabriken, A.-G., Zeitz, dessen Aktienmehrheit sich bekanntlich im Besitz der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der Farbenfabriken vorm. Bayer befindet, zeigt nach Abzug der Abschreibungen und nach Deckung des aus 1913 übernommenen Verlustvortrages von 368 431 M. einen Reingewinn von 296 055 M. Daraus sollen die Aktionäre, die im Vorjahre leer ausgingen, 6 Prozent Dividende erhalten.

Alles in allem zeigen die Abschlüsse der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie Ergebnisse, wie man sie unter solchen Um-

## Sprachreinigung.

Die Sprachreinigung ist ein Thema, das in der letzten Zeit wieder sehr lebhaft diskutiert wird. Man hat sich über die Notwendigkeit einer Reinigung der deutschen Sprache im Hinblick auf die Fremdwörterfrage sehr lebhaft geäußert. Die Sprache ist ein Organ, das sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hat und das die Lebensbedingungen des Volkes widerspiegelt. Eine willkürliche Ausschneidung von Fremdwörtern würde die Sprache verarmen lassen und die Verständlichkeit beeinträchtigen. Die Fremdwörter sind ein notwendiges Element der deutschen Sprache, das die Kultur und den Fortschritt des Volkes widerspiegelt. Die Reinigung der Sprache ist eine Aufgabe, die nicht durch die Ausschneidung von Fremdwörtern, sondern durch die Bereicherung der deutschen Sprache mit neuen Ausdrücken gelöst werden kann. Die Fremdwörter sind ein notwendiges Element der deutschen Sprache, das die Kultur und den Fortschritt des Volkes widerspiegelt. Die Reinigung der Sprache ist eine Aufgabe, die nicht durch die Ausschneidung von Fremdwörtern, sondern durch die Bereicherung der deutschen Sprache mit neuen Ausdrücken gelöst werden kann.

Die Fremdwörterfrage ist ein Thema, das in der letzten Zeit wieder sehr lebhaft diskutiert wird. Man hat sich über die Notwendigkeit einer Reinigung der deutschen Sprache im Hinblick auf die Fremdwörterfrage sehr lebhaft geäußert. Die Sprache ist ein Organ, das sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hat und das die Lebensbedingungen des Volkes widerspiegelt. Eine willkürliche Ausschneidung von Fremdwörtern würde die Sprache verarmen lassen und die Verständlichkeit beeinträchtigen. Die Fremdwörter sind ein notwendiges Element der deutschen Sprache, das die Kultur und den Fortschritt des Volkes widerspiegelt. Die Reinigung der Sprache ist eine Aufgabe, die nicht durch die Ausschneidung von Fremdwörtern, sondern durch die Bereicherung der deutschen Sprache mit neuen Ausdrücken gelöst werden kann. Die Fremdwörter sind ein notwendiges Element der deutschen Sprache, das die Kultur und den Fortschritt des Volkes widerspiegelt. Die Reinigung der Sprache ist eine Aufgabe, die nicht durch die Ausschneidung von Fremdwörtern, sondern durch die Bereicherung der deutschen Sprache mit neuen Ausdrücken gelöst werden kann.

Die Fremdwörterfrage ist ein Thema, das in der letzten Zeit wieder sehr lebhaft diskutiert wird. Man hat sich über die Notwendigkeit einer Reinigung der deutschen Sprache im Hinblick auf die Fremdwörterfrage sehr lebhaft geäußert. Die Sprache ist ein Organ, das sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hat und das die Lebensbedingungen des Volkes widerspiegelt. Eine willkürliche Ausschneidung von Fremdwörtern würde die Sprache verarmen lassen und die Verständlichkeit beeinträchtigen. Die Fremdwörter sind ein notwendiges Element der deutschen Sprache, das die Kultur und den Fortschritt des Volkes widerspiegelt. Die Reinigung der Sprache ist eine Aufgabe, die nicht durch die Ausschneidung von Fremdwörtern, sondern durch die Bereicherung der deutschen Sprache mit neuen Ausdrücken gelöst werden kann. Die Fremdwörter sind ein notwendiges Element der deutschen Sprache, das die Kultur und den Fortschritt des Volkes widerspiegelt. Die Reinigung der Sprache ist eine Aufgabe, die nicht durch die Ausschneidung von Fremdwörtern, sondern durch die Bereicherung der deutschen Sprache mit neuen Ausdrücken gelöst werden kann.

ständen früher nie für möglich gehalten hätte. Es wäre jedoch richtig, an diesen Ergebnissen die Stärke der Industrie messen zu wollen, in ihnen kommt vielfach nur die Rücksichtslosigkeit zum Ausdruck, mit der manche Unternehmungen die Not und die Notlage des Volkes auszunutzen.

Heilmittelzeugung in Russland. — Farbenteuerung in Amerika.

Die chemische Industrie Russlands war bis zum Kriegsausbruch nur wenig entwickelt. Was an chemischen Fabriken vorhanden war, fand zumest unter dem Einfluß und der Leitung der großen deutschen chemischen Fabriken. Vielfach waren die chemischen Fabriken in Russland nur Zweigbetriebe deutscher Unternehmungen. Als solche dienten sie vornehmlich dem Zweck der Umgehung der russischen Zollgesetzgebung. Weil nämlich Russland manche Fertigfabrikate der chemischen Industrie sehr hoch mit Zöllen belastete, andererseits die Roh- und Halbstoffe billig oder unversollt hereinließ, führten die deutschen Unternehmungen einfach Roh- oder Halbstoffe nach Russland aus und ließen sie dort in eigenen Zweigfabriken in Fertigfabrikate umwandeln. Nach Kriegsausbruch machte sich das Fehlen einer eigenen chemischen Industrie in Russland immer bemerkbar. Es fehlten bald nicht nur manche Hilfsstoffe — für andere Industriezweige — wie Farben für die Textilindustrie —, sondern auch wichtige Arzneimittel und Stoffe zur Heilpflege. Zwar wurden sofort neue Unternehmungen gegründet, auch die Laboratorien der Hochschulen in chemische Fabriken verwandelt, aber es entstand doch bald ein empfindlicher Mangel an Heilmitteln aller Art. Infolgedessen stiegen die Preise dafür ganz ungemein. Ein Moskauer Blatt veröffentlichte kürzlich eine Zusammenstellung über die Steigerung der Preise für die wichtigsten Arzneimittel. Die Preise beziehen sich, wie das Blatt ausdrücklich bemerkt, auf die Umsätze, die von großen Großhändlern beschafft werden. Im Kleinverkauf bezahlt die Bevölkerung mindestens das Doppelte, gelegentlich sogar das Vierfache des für den Großhandel geltenden Preises.

Der Preis für 1 Kilogramm beträgt in Rubel:

Table with 4 columns: Name, Vor dem Kriege, März 1915, Oktober 1915. Rows include Aspirin, Bromkali, Kokain, Salicyl, Salol, Sublimat, Phenacetin, Chinin.

Die Preise sind im Laufe des Winters vermutlich noch gestiegen. Neuerdings soll Japan einige der angeführten Artikel nach Russland liefern. Das scheint jedoch wenig wahrscheinlich, weil Japan selbst nur erst die Anfänge einer eigenen chemischen Industrie besitzt und kaum den Selbstbedarf decken kann.

In den Vereinigten Staaten wiederum klagt man über die enorme Steigerung der Preise für Farben. Wir haben schon wiederholt berichtet über die Versuche in Amerika — und vor allem auch in England, die deutschen Teerfarben zu ersetzen, sowie auch darüber, daß diese Versuche bisher noch zu keinem durchschlagenden Erfolg geführt haben. In Amerika bemüht man es jetzt auch, statt der künstlich hergestellten Teerfarben, aus Pflanzen (Indigopflanzen, Blauholz usw.) erzeugte Farben zu verwenden. Diese Methode zu längst abgelegenen Methoden dürfte jedoch noch weniger Erfolg haben als die überstürzte Gründung neuer Teerfarbenfabriken. Daß die Amerikaner das Feuer auf den Mägeln breiten, daß die amerikanische Textilindustrie in sehr großer Verlegenheit ist, mag solche Versuche erklären, Erfolg wird es ihnen nicht beschaffen.

Die Preise der Farben scheinen in Amerika ähnlich in die Höhe zu gehen wie in Russland die Preise für Arzneimittel. In einem Bericht der schweizerischen Gesundheitsbehörde in Washington heißt es: „In manchen Bezirken sind jetzt die Kosten der Farben allein höher als die Gesamtwerte der zu färbenden Materialien einschließlich der darauf verwendeten Arbeit und Unkosten.“ Diese Feststellung wird erklärt, wenn man eine Gegenüberstellung der Farbenpreise vor dem Kriege mit den jetzt geltenden beachtet. Wir geben aus der Gegenüberstellung nur einige der wichtigsten Posten hier wieder.

Es kostete vor dem Kriege Ende 1916

Table with 3 columns: Name, pro Pfund, 1910, 1916. Rows include Anilinfärb, Anilinsalz, Beta-Naphthol, Direkt Schwarz, Erythrin, Alizarin, Patentblau, Malachitgrün.

Die Steigerung ist, wie ein Vergleich zeigt, ganz außerordentlich. Nicht nur auf das Fünftache, nein auf das Zwanzig- und Dreißigfache ihres früheren Preises sind einzelne Farbstoffe hinaufgefahren worden. Unter solchen Umständen muß natürlich die auf die Verwendung der Farben angewiesene Textilindustrie schwer leiden. Aus den Kreisen dieser Industrie kommen denn auch lebhaftige Vorwürfe an die Regierung, sie tue nicht genug, um denartige Farben herinzubekommen. Die amerikanische Regierung verteidigt sich gegen diese Vorwürfe mit der Erklärung, daß die von ihr gemachten fruchtlosen Anstrengungen, Substitutionsstoffe, die als Gegenwert gegeben werden für die ausbleibenden deutschen Farbstoffe zu beschaffen, weit größer seien als man dies in Deutschland zu ahne.

In einer am 5. Januar in New York abgehaltenen Versammlung aller Interessenten wurde die Entsendung einer Delegation an Präsident Wilson beschlossen, damit irgendein Arrangement getroffen werde, um Farbstoffe aus Deutschland einzuführen. Solcher Art ein solches Arrangement sein soll, ist nicht angegeben. Es laßt sich natürlich nur daran handeln, daß Amerika im Austausch andere Stoffe, die Deutschland notwendig braucht, gegen Farben eintauscht. Solche Stoffe gibt es recht viel; es sei nur erinnert an die Baumwolle. Amerika möchte uns auch sehr gern von seinen Sorralen verlieren, aber es darf oder kann nicht, weil England die Einfuhr von Baumwolle nach Deutschland sperrt. Gegen England ebenfalls aufzutreten, fällt aber den jetzt nicht schuldlosen Amerikanern annehmend schwer.

Deutschland kann die Entwicklung dieser Dinge mit einiger Ruhe abwarten.

Schwere Säureverbrennungen in Griesheim a. Main.

In der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, Griesheim am Main, ereignete sich am 21. März ein Salpetermin I ein schwerer Unglücksfall, bei dem wieder zwei Arbeiter schwere Brandwunden erlitten. An einem Sahnapparat, der mit Salpetersäure gefüllt war, stieg der Deckel in die Luft; von der entsprechenden Säure wurden die Arbeiter getroffen und Geschädigt sehr schwer am ganzen Körper verbrannt. Besonders der Arbeiter Schmidt ist so schwer verbrannt, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird. Unverkennbar ist es, daß nicht nur genügend Vorsicht geübt ist, in die die Arbeiter bei Reparaturen hineingelassen können, denn das ist das einzige Mittel, um eine Verhütung der Brandwunden zu erreichen. Die einzige Wasserleitung, die vorhanden war, konnte nicht benutzt werden, weil diese unmittelbar in der Nähe des Apparats liegt, von dem der Deckel stieg und das Wasser mit Säure durchspritzt wurde. Auch war es den Arbeitern vor den erlittenen Gefahren nicht möglich, an die Wasserleitung zu gelangen. Der am schwersten verbrannte Arbeiter Schmidt mußte in seinen schrecklichen Schmerzen noch etwa drei Minuten bis an die Wundfläche laufen, um an Wasser zu kommen. Aber auch dieses Wasser war warm. Der Arbeiter Schmidt lief auf den See und legte sich unter einen Baum der Wasserversorgung, wo sich keine Mitarbeiter des Betriebsverwehren anmaßten. Beide sind nach Frankfurt ins Krankenhaus transportiert worden. Es ist dies in einem solchen Jahre bereits der dritte Fall von Verbrännungen in diesem Werke. Die Ursache, wie der Deckel in die Luft stiegen konnte, ist noch ungeklärt. War das Unglück etwas später geschehen, wären noch mehr Arbeiter zu Schaden gekommen. Die Arbeiter des Werkes rechnen nämlich ihre Angehörigen in dem gefährlichen Raum direkt neben den Apparaten ein. Wo ist die Fabrikinspektion?

Lohnforderungen der Tapetenfabrikanten.

Während im allgemeinen die Industriellen ihren Abnehmern, besonders seit Ausbruch des Krieges, die Preise für ihre Erzeugnisse billiger, sind die Tapetenfabrikanten ihren Ueberlieferungen aus der Friedenszeit treu geblieben und fordern nach wie vor ihre Preissteigerungen von den Tapetenhändlern in gemeinschaftlicher Beratung. Zu diesem Zwecke waren die Tapetenfabrikanten aus dem ganzen Reich am 5. März 1918 im Hotel Czajkoff in Berlin zusammengekommen, um über die dritte Preissteigerung zu beraten.

Im vorigen Jahre hatten die Tapetenfabrikanten schon 30 Prozent Preisaufschlag erhalten, und zwar im April und Oktober je 15 Prozent. Die diesjährige Preissteigerung, die bereits am 20. März in Kraft getreten ist, sieht nicht mehr einen einheitlichen Preisaufschlag für alle Tapeten vor, sondern faßt dieselben in vier Preisklassen, und zwar so, daß der geringste Preisaufschlag auf den teuersten und der höchste Aufschlag auf den billigsten Mustern ruht. Durch diese Preispolitik werden die armen Tapeten, die wirklichen Aufbringer der Preissteigerungen. Während die Tapeten, die bestimmt sind, das Heim der Bescheiden zu schmücken, mit nur 3 1/2 Prozent Aufschlag belastet sind, haben die Tapeten für Arbeiterwohnungen eine Preissteigerung von 33 1/2 Prozent und darüber erfahren. Diese Preissteigerungen werden die Hausbesitzer sicherlich nicht aus ihren Taschen tragen, sondern durch Erhöhung der Wohnungspreise auf die Mieter abwälzen.

Einige Versammlungsteilnehmer warnten vor zu hohen Preisaufschlägen und forderten die Fabrikanten auf, ihnen wenigstens die Lagerware nach dem alten Preise zu überlassen. Dieses Ansuchen wurde von den Fabrikanten abgelehnt, wobei der Besitzer der Hildesheimer Tapetenfabrik, Kommerzienrat Peine, ein Klagegedicht anstimmte über den verhängten Unsch, die hohen Unkosten und über die Verpfändung der Fabrikanten, ihre Leute zu unterstützen; um am Schlusse seiner Ausführungen triumphierend auszurufen: „Die billigen Tapetenpreise der letzten Jahre werden nie wiederkommen. Und das ist auch gut so. Das Publikum ist nur verbohrt worden.“ Über trifft der Preisaufschlag das „verbohnte Publikum“ am wenigsten. Zum Glück hat Herr Kommerzienrat Peine auf die Unterstützung aufmerksam gemacht, die die Tapetenfabrikanten ihren Arbeitern angedeihen lassen. Dadurch bringt zum erstenmal die Kunde ins Reich, daß die Hildesheimer Tapetenfabrik ihrer Arbeiter freiwillig Zuwendungen macht, um ihre das „Durchhalten“ zu erleichtern. Bisher war von dem Besitzer der Firma, Kommerzienrat Peine, nur bekannt, daß er in seinem Betriebe keine organisierten Arbeiter bildete und die Vertreter von Erntelagerstellen zu Betriebsversammlungen der Polizei zur Anzeige brachte.

Die diesjährige Preissteigerung bedeutet für Fabrikanten und Händler ein keines Geschäft. Gaben dieselben doch heute die Preise so hoch geschraubt, daß erst an eine weitere Erhöhung, Fortanzenansehen werden soll, wenn das Papier eine weitere Preissteigerung von 33 1/2 Prozent erfahren hat; denn „wenn wir jetzt die Preise nicht allzu hoch setzen — so für die Handwerker, die Stoff in der Versammlung aus — dann brauchen wir nicht gleich wieder eine Erhöhung einwirken zu lassen.“

Die angelegte Auflage der Tapetenfabrikanten wird eigenartig beleuchtet durch folgende in Nr. 35 der „Tapetenzeitung“, vom 10. Dezember 1915, erschienene Anzeige der Hamburger Tapetenfabrik Sven u. Co.:

Advertisement for Lagerware (warehouse goods) from Tapetenfabrik Hansa Sven & Co. in Altona-Ottensen, listing various types of paper and their prices.

Bei geringem Verdienste dürfte es selbst Sven nicht möglich sein, den Beschäftigten eine „entsprechende“ Verköstigung zu geben. Der Fabrikantenvorsitzende Langhammer nannte deshalb Sven in der Versammlung eine „halbstarke Firma“, wobei er allerdings mitzuteilen vergaß, daß auch die Verbandsfirma J. Zuber u. Cie. in Kitzheim im Besitze einer englisch-französischen Gesellschaft ist.

Nachdem die Fabrikanten ihren Preisaufschlag glänzend durchgeführt haben, ist zu hoffen, daß sie nun auch ihre Arbeiterkraft durch Gewährung höherer Löhne an dem neu erzielten Gewinn teilnehmen lassen.

100 Prozent Preisaufschlag.

Die Unternehmer der Papier-Industrie haben sich seit Kriegsausbruch in fortwährenden Preissteigerungen. Von allen Gruppen hat es bisher die Konvention für Lichtauspapier am besten verstanden, „angemessene Preissteigerungen“ ihren Abnehmern zu diktieren. Vom 10. März 1916 an erhebt diese Konvention auf ihre Friedenspreise für Negativpapiere 100 Prozent, für Positivpapiere 75 Prozent und für braune Kopierpapiere 50 Prozent Aufschlag. Selbstverständlich gehen auch da in der Begründung nicht die angeblich gestiegenen Rohstoffpreise.

Gleichzeitig haben die technischen Papiere eine Preissteigerung erfahren, und zwar wurden nach Mitteilungen einer jüngsten Fabrik Konvention am 20. Prozent, Karton und Kopierdeckel um 40 Prozent, Zeichenpapiere um 30 Prozent, Millimeterpapiere um 30 Prozent, Durchschlagspapiere um 50 Prozent und Rollenpapiere einschließlich der bisherigen 30prozentigen Erhöhung um 50 Prozent erhöht.

Dem Unternehmern soll das Recht, ihre verkauften Herstellungskosten durch Preissteigerungen wieder mehr zu machen, nicht abgesprochen werden, sie müssen aber auch ihrer Arbeiterkraft das Recht zugehen, durch Forderung von Lohnsteigerungen und durch Lohnsteigerungen einen Aufschlag für die enorm gestiegene Lebenshaltung herbeizuführen. St.

Produktionsregelung durch Besteuerung

Zu dem von uns bereits gemeldeten Heu einer Zementsteuer scheidet Jul. Kallisk in der Frankfurter „Volksstimme“: Der einzige Zeit dürfte der Plan einer Zementsteuer aus, wenn hätte den Bestrebungen, die Regierung zur Kontingentierung der Zementproduktion zu bewegen, um künftig zahlreichen Neugründungen und damit einer Ueberproduktion in der Zementindustrie vorzubeugen. Einen Anreiz zu diesem Schritt sollte der Regierung durch die Aussicht auf Steuererlösen aus der Kontingentierung gegeben werden. Wie es hier, schätzte man die Gewinne des Reiches aus einer solchen Kontingentierung auf jährlich 20 Millionen Mark; dabei sollte die Steuer nach dem Durchschnittsabsatz der Jahre 1913, 1914 und 1915 50 Pf. für das Fass betragen. Für die Mengen, um die der Jahresabsatz das Kontingent überschritt, war eine Zuschlagsteuer von 25 Pf. für das Fass vorgesehen, während etwaige neue Zementfabriken für ihren Absatz eine Kontingentsteuer von 1,50 Mark für das Fass, also den dreifachen Steuerbetrag, bei die alten Fabriken zu entrichten hätten, zahlen sollten. Bei der Befreiung dieser Zementwerke ist bereits erwähnt worden, daß die Kontingentierungspolitik in Deutschland keineswegs eine Konzentration wäre, daß insbesondere in den letzten Jahren das Prinzip der Höchstbeschränkung, wesentlicher Betriebe auf verschiedenen Gebieten, so im Brauereiwesen, in der Zementindustrie und in der Metallindustrie zur Anwendung gekommen ist. Wenn die Krise der Zementindustrie, die das Projekt der Kontingentierungsteuer betriebe, natürlich nicht von dem Staat ausgeht, dem Reich neue Steuerquellen zu eröffnen, sondern der Zementfabrikation durch Verschaltung neuer Konkurrenz eine höhere Rentabilität verschaffen wollen, so ist das in Deutschland gedachte System der Produktionskontingentierung richtig genug, um nicht aus der Erwägung abgesehen zu werden, daß es sich bei den Ausnahmestellen um ein privatrechtliches Interesse handelt, für deren Schutz die Gesetzgebung angezogen werden.

Als Steuerquelle ist eine Kontingentierung der Zementproduktion nicht verlockend, wenn die Erhöhung zutrifft, daß der jährliche Ertrag etwa 20 Millionen Mark betragen würde, denn zur Erlangung dieser Summe hätte das Reich viel Umstände zu machen. Aber die wirtschaftliche Bedeutung der Kontingentierung in Verbindung mit der Besteuerung

durch der Plan auch als Steuerzweck gewinnt, gibt Veranlassung, den damit verbundenen Fragen Aufmerksamkeit zu widmen. Der kurzem der „Breslauer Zeitung“, daß die Ueberlegungen der Einführung einer Zement-Kontingentierungsteuer in der erwähnten Form näherzutreten, eine Meldung, deren Richtigkeit bisher nicht feststeht, die aber zum mindesten darauf hinweist, daß maßgebende Gruppen der Zementindustrie den Plan der Kontingentierung nicht aufgegeben haben, sondern mit Energie für die Durchföhrung tätig sind. Es scheint auch, daß die Gegnerschaft einzelner Kreise der Zementindustrie, die sich geltend gemacht hatte, als Mitte des vorigen Jahres das Projekt zum erstenmal erwägen, nicht mehr besteht. Vor allem scheint ein Umschwung der Ansicht über die Kontingentierungsteuer in der obersteinsten Zementindustrie eingetreten zu sein.

Meist sind in Deutschland für Industrien Kontingentierungen auf gesetzlichem Wege in Verbindung mit Steuern geschaffen worden, es sollte für die Neueinführung oder für die Erhöhung einer Steuer den beteiligten Unternehmungen als Ausgleich für einen zu erwartenden Rückgang des Absatzes der Wettbewerb neugegründeter Betriebe ferngehalten werden. Anders lagen die Verhältnisse in der Metallindustrie bei Schaffung der Kontingentierung; hier waren es die Folgen einer Ueberproduktion, die Maßnahmen zur Verhinderung von Neugründungen herausforderten. Welche Mängel immer die Kontingentierung haben mag, angebracht waren die Bestimmungen zur Einschränkung der Erzeugung neuer Werke ganz sicherlich. Um die Zweckmäßigkeit des Vorgehens zu erkennen, ist es nur erforderlich zu wissen, daß bereits mit einem kleinen Teil der bestehenden Werke die Produktion nicht nur in dem alten, sondern noch in einem viel größeren Umfang geleistet werden könnte. Wenn also zahllose Schächte mit großen Kosten gebaut wurden, die an sich zur Steigerung der Produktion nicht notwendig gewesen sind, so liegt es auf der Hand, daß volkswirtschaftlich eine böse Vergeudung getrieben worden ist, eine Vergeudung, die um so schmerzlicher ist, als die Produktion dadurch verteuert wurde und sehr große Kapitalien festgelegt worden sind, für die auf andern Wirtschaftsfeldern sich eine viel bessere Verwendung geboten hätte. Keineswegs stehen die Verhältnisse in der Metallindustrie vereinzelt da, die übermäßige Zusage von Kredit ist auch in andern Industriezweigen zu beobachten gewesen; die Folge eines derartigen Zustandes war stets Ueberproduktion und alsdann trübselige Ernährung einer Gruppe von Unternehmungen, die sich früher besonders hoher Gewinne zu erfreuen gehabt hatten.

Uebergründungen und Ueberproduktion hätten sich oft vermeiden lassen, wenn die Banken bei der Kreditgewährung nicht nur nach dem Geschäftspunkt gehandelt hätten, ob der Kreditnehmer für den angeforderten Kredit genügend Sicherheit biete; es wäre erforderlich gewesen, bei dem zu Gründungen verlangten Kredit den Verwendungszweck zu prüfen. Ohne Zweifel wird die Gestaltung des Kapitalmarktes nach dem Kriege viele überflüssige Gründungen für die sich früher immer noch Geld gefunden hätte, von selbst verhindern, aber so ganz auszuweichen wird sich der Schuß des Kapitalmarktes gegen eine Neugründung nicht vollk wirtschaftlich unerwünschten Gründungen nicht vollziehen. Zur Begründung der Zement-Kontingentierungsteuer wird denn auch herbeigeföhrt, daß es angesichts der gewaltigen Belastung des europäischen Geldmarktes durchaus geboten sei, alle neuen Ausgaben nur produktiv wirkenden Anlagen zuzuwenden. Daher gehe es nicht an, Neugründungen von Betrieben zuzulassen, wo die bestehenden Betriebe ohnedies nur mit einem Teil ihrer Produktionsfähigkeit arbeiten. Die Auflage einer neuen Zementfabrik in Oberhesseln oder in einem andern Bezirk bewirkt nicht, daß auch nur ein Fass Zement mehr produziert, daß mehr Arbeiter beschäftigt, mehr Löhne gezahlt werden; sie habe nur die Folge, daß die alten Zementfabriken ihre Produktion einschränken und einen Teil ihrer Arbeiter entlassen müssen. Von einer künstlichen Einschränkung der Produktion kann so lange nicht gesprochen werden, als die vorhandenen Betriebe imstande sind, jeder wachsenden Anforderung des Verbrauchs durch Produktionssteigerung Rechnung zu tragen; die Gefahr einer Einschränkung der Produktionskraft liegt nicht vor. Im Gegenteil ergab sich bei Kontingentierungen eine technische Ueberentwicklung und wirtschaftliche Ersparnis durch Ausbau und Zusammenbau der in Betracht kommenden Unternehmungen. Charakteristisch dafür ist die Entwicklung, die die Zündholzindustrie in der letzten Zeit genommen hat. Als die Zündholzsteuer 1909 eingeföhrt wurde, erklärten die Zündholzfabrikanten, ihrem Ruin entgegenzugehen. Zunächst zeigte sich als Folge der Zündholzsteuer ein „schmerzlicher“ Rückgang des Zündholzabsatzes, dem allerdings vor dem Eintritte der Steuer eine enorme Zunahme des Zündholzabsatzes vorausgegangen war. Infolge der Vorbereitung trat eine Lähmung der Geschäftstätigkeit ein, die aber mehr und mehr überwunden wurde. Schon im Jahre 1912/13 zeigte sich die Zündholzfabriken durch ihre Bilanz, daß die Rentabilität der Zeit vor der Zündholzsteuer wieder erreicht, zum Teil bereits übersteigt worden war. Für 1913/14 nahm die Gewinnsteigerung der Zündholzindustrie mehr zu; von der Kriegszeit haben die Zündholzfabriken in einem Uebermaß Maße profitiert, die Kriegszuschüsse der großen Zündholzfabriken lassen Gewinne erkennen, die früher nie auch nur annähernd erzielt worden sind. Hand in Hand damit ging eine Erweiterung des Produktionsprozesses durch Ankauf der einzelnen Fabriken zugekauften Produktionskontingente. Auf diese Weise hat die Altiengeellschaft Stahl u. Kalle einen ganzen Konzern von Zündholzfabriken unter sich gesammelt. Eine andre große Zündholzfabrik, die Aktiengesellschaft Union, Vereinigte Zündholz- und Wundfabriken in Augsburg, bemerkt in ihrem Geschäftsbericht, daß im Jahre 1915 eine äußerst rege Nachfrage nach Zündholzen zu beobachten war; wesentlich tragen dazu der Verkauf der Zentren und der belegten Gebiete sowie die Ausfüllung der Ernterzeugung infolge des Mangels bei. In Klagen der Zündholzfabriken über die Verteuerung ihrer Geschäftskosten sollte es nicht; die Produktionskosten sind in der Tat nicht ungewöhnlich gestiegen, aber weit mehr liegen die Verkaufspreise für Zündholzer. Das Ergebnis ist das Anschwellen der Gewinne bei den Zündholzfabriken; die erwähnte Aktiengesellschaft Union stellt die dividende von 20 Prozent gegen 15 Prozent im Vorjahr, und das nach reichlichen Abschreibungen und der Abschreibung für die Kriegszeitsteuer mit 649 500 Mk. Es zeigt sich, daß die Einführung der Zündholzsteuer nach Ueberwindung der Schwierigkeiten in den ersten Jahren die Rentabilität der Zündholzfabrikation erhöhte. Hier ergibt sich die Notwendigkeit, Kontingentierungsmassnahmen stets von der Besteuerung bestimmungen begleitet zu lassen, denn sonst werden den Verbrauchern Preissteigerungen abgedrückt, die den Betrag der Steuer um das mehrfache Maß übertreffen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Zur Tariffrage im Baugewerbe.

Da die Unternehmer im Baugewerbe nicht zu bezagen waren, einen den Verhältnissen entsprechenden Lohnausgleich zu leisten und die Arbeiter einmütig das ungenügende Angebot der Unternehmerverbände abgelehnt haben, beginnt für fast alle Bezirke im Reich vom 1. April an für das Baugewerbe eine tariflose Zeit. Wie sich die Unternehmer das neue Verhältnis unter dem Vorgehen denken, verriet ein Schreiben, das der Leipziger Unternehmerverband in der kürzlichsten Ausgabe veröffentlicht. Es wird da unter Hinweis auf die geänderte Lohnverhältnisse von 4 bis 6 Pf. ausgeführt.

Diese Verbesserung der Entlohnung im Baugewerbe wird auch noch dem 31. März beibehalten werden, im übrigen wird dann auch den Bauarbeitern die über die bisherige normale Arbeitszeit hinaus arbeiten wollen, um aus eigener Kraft ihr Einkommen zu erhöhen, wie in andern Industrien und Gewerben dazu Gelegenheit gegeben werden können. Die von den Arbeitgebern erzielten „Arbeitsbedingungen“, die vom 1. April an überall an Stelle der seitlichen Tarifverträge das Arbeitsverhältnis regeln, können sich auf den Vorlauf der abgelaufenen Tarifverträge an, enthalten also keine Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter. Damit sind, soweit die Arbeitgeber in Frage kommen, die Voraussetzungen zur Erhaltung des inneren Friedens im Baugewerbe auch während der kommenden tariflosen Zeit erfüllt.

